

# Paroli

Landtagswahl  
Wahlkreis 12

Linke Blätter  
für Stadt,  
Landkreis und  
Universität  
Landtagswahl  
extra  
Oktober 2023

## Stimme für soziale Gerechtigkeit

Interview mit Anna Hofmann, Direktkandidatin und Fraktionsvorsitzende im Kreistag

**A**nna, Du bist seit 2001 im Kreistag, hast auch schon für das Amt der Landrätin kandidiert. Nun bist Du Direktkandidatin für den Hessischen Landtag. Warum muss Deiner Meinung DIE LINKE wieder in den Hessischen Landtag einziehen?

Die LINKE setzt sich für eine sozial-ökologische Wende ein, will den Kampf gegen den Klimawandel mit sozialem Ausgleich verbinden. Und sie steht für eine konsequente Friedenspolitik. Ohne uns im Landtag gäbe es keine politische Stimme mehr für Menschen, die soziale Ausgrenzung erfahren.

Wir vertreten die Rechte der Menschen im Sozialleistungsbezug, mit Behinderungen oder Fluchterfahrung und setzen uns für Tariflöhne in Hessen ein. Der ländliche Raum und gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land sind uns ein echtes Anliegen und wir haben Konzepte dafür entwickelt.

Gerade jetzt, wo massiver Sozialabbau durch die Kürzungen im Bundeshaushalt droht, braucht Hessen eine soziale Stimme.

**Wo drohen denn die Kürzungen? Ist das ein hessisches Thema?**

Die Kürzungen werden Hessen sehr stark betreffen. Es soll bei psychosozialen Zentren für Geflüchtete, der Migrationsberatung, der Arbeitsförderung und den Freiwilligendiensten eingespart werden.



Foto: Eren Gültekin

Sogar beim Katastrophenschutz, bei Entwicklungshilfe und Naturschutz wird der Rotstift angesetzt. Es ist doch absurd: Wir brauchen einerseits dringend Geld für die Auswirkungen des Klimawandels und streichen dem THW Mittel. Wir suchen überall Fachkräfte und kürzen die Arbeitsförderung und das Freiwillige Soziale Jahr. Wir haben viele Geflüchtete und sparen an der Integration. Nur der Rüstungshaushalt bekommt mit 70 Mrd. Euro mehr Mittel. Das zeigt: Sozialabbau und Aufrüstung sind zwei Seiten einer Medaille.

**Neben den Auswirkungen der Bundesebene stehen wir auch lokal vor zahlreichen Herausforderungen. Du kommst hier aus dem Landkreis. Was beschäftigt die Menschen vor Ort?**

Vor allen Dingen fehlende Angebote und kaputtgesparte Infrastruktur.

In kleineren Dörfern sind die Ortskerne fast leer. Es gibt kaum Bäckereien, Einzelhandel, Ärzt\*innen, Schulen und Freizeitangebote vor Ort. An den Nahverkehr ist man nur eingeschränkt angebunden. Auch die ärztliche Versorgung ist im ländlichen Bereich gefährdet. Selbst unsere Wälder sind in einem verheerenden Zustand. Man erlebt den Klimawandel hautnah.

**Kann man in Hessen etwas tun, um das zu verändern?**

Natürlich: Indem man Dorfläden fördert, Zwergschulen unterstützt, den Nahverkehr im Land ausbaut und den Schienenverkehr reaktiviert. Wir brauchen die Regiotram Mittelhessen, kommunale medizinische Versorgungszentren und einen Umstieg auf erneuerbare Energien bis 2035.

*Das Gespräch führte Renate Bastian*

### Kommentar

## Keine Stimme für DIE LINKE ist verloren

Ja, DIE LINKE streitet sich. Aber selbst Stimmen für eine zerstrittene LINKE wären nicht verloren. Denn im Gegensatz zu den anderen Landtagsparteien kämpft sie für einen höheren Mindestlohn, für bezahlbare Mieten, für eine Klimapolitik auf Kosten der Reichen, für eine wirkliche Kindergrundsicherung, für ausreichend Lehrpersonal. Und darin ist man sich bei der LINKEN einig.

Man muss sich fragen, was wäre, wenn die LINKE seit 2008 keine Fraktion im Landtag gehabt hätte. Dann gäbe es heute noch Studiengebühren, die landeseigene Nassauische Heimstätte/Wohnstatt wäre vermutlich privatisiert. Und es gäbe kein Rechtsgutachten mit ver.di, das die Möglichkeit aufzeigt, unser Uniklinikum wieder in Landeseigentum zu überführen. Der Einsatz der LINKEN für die Untersuchungsausschüsse zum NSU, zum Hanau-Anschlag und zum Lübcke-Mord wäre ausgeblieben und im Petitionsausschuss manche Abschiebung nicht verhindert worden. Viele Forderungen von Gewerkschaften und Bürgerinitiativen wären nicht im Landtag thematisiert worden.

Aber wenn DIE LINKE die fünf Prozent verfehlt, sind doch alle Stimmen verloren? Wenn alle so denken würden, bliebe sie unter der Hürde. Aber lohnt es sich nicht, dieses Risiko einzugehen? Denn die „kleineren Übel“ zu wählen, macht keinen Sinn, da SPD und Grüne in den Umfragen weit von einer Mehrheit entfernt sind. Deshalb kann man am 8. Oktober ohne Bauchschmerzen DIE LINKE wählen. *Nico Biver*

## Solidarisch mit Arbeitskämpfen

Beschäftigte können sich auf die Linksfraktion verlassen

**O**b bei Amazon in Bad Hersfeld, bei Conti in Karben oder bei Buderus in Mittelhessen: DIE LINKE in Hessen stand vielfach an der Seite der Arbeitnehmer\*innen, die für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedin-

gungen und gegen windige Unternehmensverkäufe und Kündigungen kämpfen. In den letzten drei Legislaturperioden hat die Landtagsfraktion immer wieder Arbeitskämpfe auf die politische Tagesordnung im

**Fortsetzung S. 2**



Jan Schalauske, Fraktionsvorsitzender der LINKEN

Fortsetzung von S. 1

## Solidarisch mit Arbeitskämpfen

Wiesbadener Landtag gebracht, zuletzt die streikenden Lkw-Fahrer in Gräfenhausen unterstützt.

Nicht nur einmal konnten sich Beschäftigte und Gewerkschafter\*innen auf der Besuchertribüne ein eigenes Bild davon machen, wie mit ihren Interessen und Forderungen umgegangen wurde. Anschließend blieb allzu oft nur die bittere Erkenntnis, dass die Versprechungen der schwarz-grünen Landesregierung leere Worthülsen waren. Kein verbesserter Arbeitnehmerschutz zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Hessen, sondern ein Rückgang der Tarifbindung prägen die Regierungsbilanz. Nur noch die Hälfte der Beschäftigten arbeitet in Betrieben mit Tarifverträgen. Das ist im Geldbeutel und bei der Wochenarbeitszeit spürbar, weil der Markt die Dinge nicht zum Wohle der Beschäftigten regelt.

Die nächste Legislaturperiode muss einen Umschwung in der hessischen Wirtschaftspolitik bedeuten, besonders um die hausgemachten Probleme beim Fachkräftemangel zu beheben. DIE LINKE wird auch im neuen Landtag um jeden Schritt in die richtige Richtung kämpfen, damit Beschäftigte und Gewerkschaften dem Kapital die Stirn bieten können, der Lohn zum guten Leben reicht und die Wirtschaft den Menschen dient.

Jan Schalauske



## „Es hat sich ausgegrünt“

Interview mit Barbara Schlemmer, Stadtverordnete in Homberg/Ohm und Landtagskandidatin

**Barbara, Du bist bekannt als langjährige Aktivistin gegen den Ausbau der A 49 und die Rodung des Dannenröder Forstes. Nun trittst Du für DIE LINKE zur Landtagswahl an. Warum?**

Ich war lange bei den Grünen, doch die Partei hat die Umweltbewegung im Stich gelassen und beim Bau der A 49 alle Versprechen gebrochen. DIE LINKE hat uns von Beginn an unterstützt, etwa durch parlamentarische Beobachtung im Danni. Auch jetzt beleuchtet sie das Thema A 49 mit Anträgen, Anfragen und Gutachten, zum Beispiel zu Wasserschutz, weiter. Deshalb trete ich für DIE LINKE an, die als einzige Partei gegen neue Autobahnen ist und ein ernstzunehmendes grünes Programm hat.

**Warum glaubst Du, Klimaschutz politisch am besten in der LINKEN umsetzen zu können?**

Weil das Programm zentrale Maßnahmen klar ausbuchstabiert. Al-



▲ Barbara Schlemmer, ehemalige Sprecherin des A-49-Aktionsbündnisses, und der LINKEN-Kreisabgeordnete Max Peter beim Klimastreik in Marburg im März 2023

Foto: Philip Kaufmann

le Ziele sind überprüfbar, andere Parteien bleiben schwammig und wollen sich zentralen Klimaschutzfragen nicht stellen. Wir können dieses Wirtschaftssystem so nicht weiterführen, wenn wir Klimaschutz ernstnehmen wollen. DIE LINKE sagt das klar, macht entsprechend Politik und bittet die Hauptverursacher\*innen des Klimawandels zur Kasse.

**Was muss sich im Landtag in der Klimapolitik ändern?**

Der Ausbau von Photovoltaik und

Windkraft ist gar nicht vorangekommen, in Hessen wurden in diesem Jahr nur 12 Windräder neu errichtet. Zudem muss unsere Biodiversität geschützt werden, es stehen nur 1,7 % der Landesfläche unter Naturschutz. Das ist nicht einmal die Hälfte des Bundeschnitts, trotz Regierungsbeteiligung der Grünen. Und wir dürfen es uns nicht leisten, Flächen zu versiegeln und Wälder zu vernichten, um 20 neue Autobahnen zu bauen. Das geht auf Kosten der Lebensbedingungen kommender Generationen.

**Was möchtest Du in der nächsten Legislaturperiode erreichen?**

Mein erstes Ziel ist der Wasserschutz. Sinkende Grundwasserstände erschweren vielerorts die Versorgung. Das wirkt sich auch auf die Bausubstanz vor Ort aus. Zweitens will ich erreichen, dass die Verkehrswende ernsthaft angegangen wird, mit Radwegausbau und einer Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene. Und drittens sind wirksamer Arten- und Biodiversitätsschutz unerlässlich für den Klimaschutz.

Das Interview führte Alex Cramer

## Gleichwertig leben in Stadt und Land

Ehemalige Stadtbewohner\*innen können sich gut daran erinnern, wie es war, wenn quietschende Straßenbahnen oder vorbeidonnernde Lkw am Morgen den Wecker ersetzen. Wie wohltuend ist der Amselgesang – selbst wenn man morgens um fünf geweckt wird! Wie schön, im Morgenrock auf der Terrasse oder im Garten den Kaffee zu genießen! Wie wunderbar, dabei Hummeln und Bienen auf den Blumen zusehen!

Braucht man mal eine Zwiebel oder ein Ei, kann man bei den Nachbar\*innen anfragen. Kommt ein Päckchen mit der Post und niemand ist da, wird es ein-

fach vor die Tür gelegt – noch nie ist etwas verschwunden. Geht man mit dem Hund Gassi, braucht man das Haus nicht abzuschließen: Jeder kennt jeden – und jeder vertraut dem anderen. So schön kann das Leben nur auf dem Lande sein!

Aber dann: Ein Marder hat das Kabel am Auto zerbissen. Das Auto fährt nicht – man muss aber dringend zur Post. Oder zum Arzt. Oder in die Apotheke. Autobus? Fuhr morgens um acht und fährt abends wieder. Bis dahin hat die Post, die Apotheke oder die Arztpraxis meist schon zu.

Wer fit ist, steigt aufs Fahrrad. Ältere Dorfbewohner\*innen erwägen, sich ein Dreirad zu beschaffen. Doch die Preise liegen teils im vierstelligen Bereich. Wer kann sich das leisten? Und: Ist es ein Offen-

barungseid, öffentlich zuzugeben, dass man nicht mehr fit genug ist für den Drahtesel?

Wer auf dem Lande lebt, muss die gleichen Chancen in Bezug auf Mobilität, Gesundheit und kulturelle Angebote haben wie Menschen in der Stadt. Ein gut getakteter Bus zum Nulltarif wäre die Lösung für die meisten Probleme. Es steht aber in den Sternen, ob und wann es soweit ist. Bis dahin müssen sich Landbewohner\*innen in Geduld, Genügsamkeit und gutem Glauben üben.

Die größte Sorge aber ist die drohende Beteiligungspflicht an den Straßenausbauskosten – die wird hoffentlich rechtzeitig aufgehoben. Denn das könnte den einen oder anderen in den finanziellen Ruin treiben. Was hilft dann: Beten? Und – oder – die LINKE wählen?

Ingeborg Cernaj



# Ganz einfach: UKGM vergesellschaften

Gastkommentar von Fabian Dzewas-Rehm, Gewerkschaftssekretär

Der Grundsatz, dass die Gesundheitsversorgung nicht privatem Gewinnstreben unterworfen werden darf, bestätigt sich am UKGM seit der Privatisierung 2006 unter Roland Koch tagtäglich. 2021 richteten 18.000 Unterzeichner\*innen eine Petition an den Hessischen Landtag, das UKGM wieder in öffentliche Hand zurückzuführen.

Fabian Dzewas-Rehm, Gewerkschaftssekretär, weist in seinem Gastkommentar nach, dass das bei entsprechendem politischen Willen gar nicht so schwer wäre.

Das Ende der Privatisierung unseres Universitätsklinikums wäre eigentlich billig zu haben: Die Aktie der Rhön Klinikum AG steht aktuell bei 11,80 Euro. Bei 66.938.500 Aktien entspricht das einem Wert von 789.874.300 Euro. Wenige Tage zuvor lag der Kurs bei 11,60 Euro, umgerechnet war die Rhön Klinikum AG also nochmal über 13 Millionen Euro billiger. Neben dem UKGM gehören Kliniken in Bad Berka, Bad

Neustadt und Frankfurt/Oder dazu. Der Verkehrswert des ganzen Konzerns liegt also bei unter 1 Milliarde. Aber warum ist das eigentlich interessant? Ein Kaufangebot liegt ja nicht vor, wie die Wissenschaftsministerin stets betont. Ist aber auch gar nicht nötig. Verge-

gesellschaftungen sind möglich, die Basis hierfür bietet Artikel 15 des Grundgesetzes. In einem Rechtsgutachten im Auftrag von ver.di, Linksfraktion und Rosa-Luxemburg-Stiftung wird überzeugend nachgewiesen, dass dies auch im Falle des UKGM möglich sei. Die Vorausset-



▲ Fabian Dzewas-Rehm (re.) mit Jan Schalauske bei einer Kundgebung zum UKGM-Warnstreik in Gießen im November 2022

zung dafür wäre eine gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung des Klinikums ohne Gewinnerzielungsabsicht. Auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen gibt es interessante Entwicklungen, so hat in Berlin jüngst eine vom dortigen Senat beauftragte Kommission die Möglichkeit einer Vergesellschaftung großer Wohnkonzerne bestätigt.

Leere öffentliche Kassen dürfen hierbei kein Gegenargument sein. Einerseits sind sie leer, weil die Reichen nicht gerecht besteuert werden. Andererseits kann eine nötige Entschädigung unterhalb des Verkehrswertes angesetzt werden. Angesichts des Börsenkurses ist der Preis für eine Rücküberführung des UKGM in öffentliches Eigentum also überschaubar. Zudem hat die Stadt Marburg angekündigt, bis zu 100 Millionen für eine Rücküberführung in öffentliches Eigentum zur Verfügung zu stellen.

Gerechtfertigt ist die Vergesellschaftung auf Basis des Grundgesetzes ohnehin, weil eine gemeinwohlorientierte Gesundheitsversorgung ohne Profitlogik besser für die Mehrheit ist. Ganz einfach.

Fabian Dzewas-Rehm

## Keine Adresse für Protest

Die AfD-Politik würde ihren Wähler\*innen schaden

Es gibt viele Gründe gegen die Regierung zu protestieren. Ihr kann man vorhalten, dass von der Kindergrundsicherung fast nichts übrig geblieben ist, der Mindestlohn der Inflation hinterherhinkt und die Aufrüstung mit Kürzungen bei Wohngeld und BAföG bezahlt wird. Der ökologische Umbau nimmt keine sozialen Rücksichten. Ob neue Heizsysteme oder höhere Mieten durch energetische Sanierungen, am Ende zahlen Geringverdienende drauf. Sind das nicht eher Gründe, DIE LINKE als die AfD zu wählen?

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt in einer Analyse der AfD-Aussagen beim Wahl-O-Mat 2021 zum Schluss, „dass Menschen, die die AfD unterstützen, am stärksten unter der AfD-Politik leiden“ würden. Sie hat eine Erhöhung des Mindestlohns ebenso abgelehnt wie eine Begrenzung der Mieterhöhungen

und eine Steuer auf hohe Vermögen. „Bemerkenswert ist, dass die AfD sich noch stärker ... für eine marktorientierte Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ausspricht als die FDP.“ Die AfD hat außerdem alle Aussagen abgelehnt, die zu einer Lösung der Klimakrise beitragen könnten: Förderung von Windenergie, Tempolimit auf Autobahnen, stärkere Besteuerung von Flugverkehr. Aber wenn die Erderwärmung sich weiter verschärft, werden Menschen mit geringerem Einkommen am stärksten betroffen sein.

Die AfD ist auch keine Friedenspartei. Vor dem Ukraine-Krieg forderte sie stets die Erhö-

hung des Rüstungshaushalts. Bei der Abstimmung über die 100 Mrd. Sondervermögen für die Bundeswehr stimmte die Hälfte der AfD-Fraktion dafür.

Wer die AfD allerdings wegen der angeblichen „Überfremdung“ wählt, liegt nicht falsch, da es das Markenzeichen der AfD ist, Menschen in Not, den Aufenthalt in Deutschland zu verwehren. Salonfähig wird sie, weil die Regierungsparteien und CDU/CSU immer mehr

auf ihre Rezepte zurückgreifen, um Flüchtlinge abzuschrecken.

Wer glaubt, mit der Stimme für die AfD seinen Protest auszudrücken, schneidet sich am Ende ins eigene Fleisch.

Nico Biver

► **Wahlabend der LINKEN**

**So., 8. Okt., ab 17.30 Uhr, LINKEN-Büro, Elisabethstr. 9, Marburg**

Impressum

Paroli

Herausgeber dieser Ausgabe: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf

Redaktion: Alexander Cramer (verantwortl.), Renate Bastian, Nico Biver, Ingeborg Cernaj, Philipp Henning

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 26.9.2023

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf  
Elisabethstr. 9, 35037 Marburg  
Tel. 06421-163873  
info@die-linke-marburg.de  
www.die-linke-marburg.de



# Marburger Wahlauftritt: DIE LINKE muss im Landtag bleiben!

Die hessische CDU-Grüne-Regierung hat ein Armutszeugnis abgeliefert. Waren zu Beginn von Schwarz-Grün rund 14 Prozent der Bevölkerung in Hessen armutsgefährdet, sind es jetzt überdurchschnittliche 18 Prozent. Die Zahl der Menschen, die auf Hartz IV angewiesen sind, ist immer noch genauso hoch wie vor 5 Jahren. Zugleich gibt es ein Viertel weniger Sozialwohnungen. An Schulen, in Krankenhäusern und in der Pflege fehlt es nach wie vor dramatisch an Personal und Investitionen. In der Verkehrspolitik haben trotz der lokal und weltweit immer sichtbarer werdenden Klimakrise immer noch Pkw-, Lkw- und Luftverkehr den planerischen Vorrang. In der Landeshauptstadt Wiesbaden wird die Präsenz und Steuerung von Militäroperationen der US-Armee weiter ausgebaut.

Wir rufen dazu auf, bei den Landtagswahlen DIE LINKE zu wählen, weil sie

- sich für bezahlbare Wohnungen und den Neubau von mind. 10.000 Sozialwohnungen pro Jahr einsetzt;
- gleiche Bildungschancen durch gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse und die Einstellung von mehr Lehrkräften ermöglichen will;
- Kinderarmut beseitigen und staatliche Aufträge nur noch an Firmen vergeben will, die mindestens 14 Euro Stundenlohn bezahlen;

Uwe Adler, Grafikdesigner | Ayla Arthur, Politikwissenschaftlerin und Studentin | Celia Bach, Rentnerin | Werner Bachmann, Rentner | Friedrich-Martin Balzer | Dr. Matin Baraki, Politikwissenschaftler | Renate Bastian, Journalistin | Marlis Bauß, Lehrerin i.R. | PD Dr. Johannes M. Becker | Angelika Becker, Lehrerin i.R. | Robert Bernhardt, Lehrer im Hochschuldienst | Sabine Bernhardt, Angestellte | Ulrike Bieker, Dekanatsreferentin | Nico Biver, Publizist | Daniel Blatz, Gewerkschaftlicher Bildungsreferent | Roland Böhm | Heiko Bolldorf, Gewerkschaftsreferent | Peter Braun, Bildhauer, Kirchhain | Bruno, Rentner Nesselbrunn | Dr. Kurt Bunke, Verwaltungsbeamter a. D., Cölbe | Alexander Cramer, Historiker | Kathrin Denig | Frank Deppe, Prof. em. | Ilona Dienes, Rentnerin Lahntal | Prof. Dr. med. Norbert Donner-Banzhoff, Philipps-Universität | Peter Ducke, Aufsichtsratsmitglied der Rhön Klinikum AG | Walburga Eicher, Förderschullehrerin | Kai Eicker-Wolf, Gewerkschaftssekretär | Ilina Fach, Kulturwissenschaftlerin | Elke Feldmann, MTA | Dr. Tilman Fischer, Wissenschaftlicher Mitarbeiter | Tobia Foer, Student | Dieter Gabrian, Lehrer i.R. | Marita Gabrian, Lehrerin i.R. | Bernd Georgy, Lehrer i.R. | Jörg Gogoll | Gert Gohde, Rentner | Lucas Gollent | Roland Grimm, Erwerbsloser | Barbara Grosse, Hebamme Mainz | Ulrike Grünheid, Politologin | Fredy Haas, Fotograf und Techniker | Gisela Haberle, Rentnerin | Gerhard Haberle, Rentner | Jürgen Hahn-Schröder, Lehrer i.R. | Bernd Hannemann, Dipl. Sozialarbeiter (grad) i.R. | Inge Hartmann | Dr. Ursula Haupt, Rentnerin | Harry Hecker | Philipp Henning | Lutz Heusinger, Kunsthistoriker | Lothar Horn, Dipl.-Pädagoge | Michael Horstmann, Rentner | Joachim Höslér, Lehrer | Reinhold Jäger, Lehrer i.R. | PD Dr. Maximiliane Jäger-Gogoll | Erwin Junker, Rentner | Yusuf Karaaslan, Student, SDS |

- durch den Ausbau des Nahverkehrs insbesondere im ländlichen Raum allen Menschen eine möglichst kostenlose umweltfreundliche Mobilität ermöglichen will;
- für bezahlbare Energiepreise und den sozial verträglichen Ausbau erneuerbarer Energien kämpft;
- ein Konzept für gute medizinische Versorgung in Stadt und Land hat und unser Uni-Klinikum wieder in Landeseigentum überführen wird;
- die weitere Aufweichung des Asylrechts ablehnt und sich gegen rechten Hass und Hetze sowie eine weitere Militarisierung von Politik und Gesellschaft wehrt.

Die seit 2008 im Landtag vertretene LINKE hat einen guten Job gemacht. Sie hat eng mit Bewegungen gegen Armut und für bezahlbare Mieten, mit Klima- und Verkehrsinitiativen, mit der Friedensbewegung und den Gewerkschaften zusammengearbeitet. DIE LINKE zeigt, dass Druck von links unverzichtbar ist und auch aus der Opposition heraus wirksam sein kann.

## Am 8. Oktober: DIE LINKE wählen

Siegfried Keck, Lehrer i.R., Gladenbach | Prof. Dr. Rainer Kessler, i.R., Universität Marburg | Christina Kleinert, Sozialpädagogische Fachkraft | Thomas Klingelhöfer, Gladenbach | Kurt Knieriem, Dipl.-Biologe | Peter Kolditz, Umweltaktivist | Dieter Kombächer, Rentner | Henning Köster-Sollwedel, Lehrer i.R., Stadtrat | Hans-Bernd Kruse, Souffleur i.R. | Gisela Lechner-Böhm | Arnold Leiter | Arnold Leiter, Rentner | Godela Linde, Rechtsanwältin | Peter Lob-Gottschaldt | Gert Meyer | Dorothea Micke, Angestellte | Thomas Nahrgang, Rentner, Stadallendorf | Lutz Nendel | Dennis Neumann, Doktorand | Ingrid Peglow, Rentnerin | K. Peter | Wolfgang A. Peter, Perfusionist/Kardiotechnik Herzchirurgie i.R. | Maximilian Peter, Schüler | Benjamin Pfalz, Gewerkschaftssekretär | Elke Rienhoff-Kühnl, Rechtsanwältin | Prof. Rainer Rilling, Soziologe | Dr. Songül Rolffs, Hochschuldozentin an der Uni Marburg | Miguel Sanchez, Sozialarbeiter | Jochen Schäfer, Fachkraft für Medien- und Informationsdienste | Birgit Schäfer-Biver, Künstlerin | Dr. Günter Schärer-Pohlmann, Beamter i.R. | Karl-Heinz Schmidt Rentner | Ralf Schrader, Lehrer i.R. | Adelinde Schröder, Lehrerin i.R. | Claudia Schulz | Karin Schwalm, Lehrerin i.R. | Bärbel Schwarz-Köppl, Oecotrophologin | Christa Seip, Rentnerin | Claudia Smolka, Dipl. Agr.-Ing., aktive Bäuerin | Andrea Sollwedel, Supervisorin | Ingar Soltz, Referent der Rosa-Luxemburg-Stiftung | Paul Squires, Staufenberg | Bernd Stolte, Dipl.-Soziologe | Rüdiger Stolzenberg, Rentner, Gewerkschafter | Inge Sturm, Stadtverordnete, Marburger Linke | Wolfgang Sutter, Unternehmer | Dirk Thielicke | Marion Twiesiek, Ärztin | Dieter Unsel, Rechtsanwalt | Kai Wagner | Brigitte Walbe, Kunsthistorikerin | Werner Wörder, Oberstudienrat | Merve Yetiz, Intensivpflegerin | Stefan Zelder, Referent | Hajo Zeller | Christiane Zielosko

## Keine Höchstgrenze für Menschlichkeit

GEAS, eine neue Abkürzung, unter der sich nur wenige etwas vorstellen können. Sie steht für „Gemeinsames Europäisches Asylsystem“ und wird von Nancy Faeser als „historischer Erfolg“ und „neue solidarische Migrationspolitik“ gefeiert.

GEAS bietet aber nicht die Lösung der bestehenden Herausforderungen, sondern stellt eine massive Verschärfung der Abschottung dar. Faktisch sprechen wir von der Abschaffung des individuellen Asylrechts in der EU. Die Schutzsuchenden warten in geschlossenen Haftlagern an den europäischen Grenzen auf ihre Abschiebung in sogenannte „sichere Drittstaaten“. Dorthin wird noch stärker als zuvor gegen sehr viel Geld das Problem ausgelagert. DIE



LINKE prangert diese „Verrechtlichung des Unrechts“ an und wendet sich gegen die Einschränkung der Menschlichkeit.

Die lokale Initiative „200 nach Marburg“ ist seit 2016 aktiv für kommunale Flüchtlingsaufnahme. Seitdem heißt es, 200 Menschen, die fliehen müssen, über sichere Fluchtwege nach Marburg zu holen. Die schwarz-grüne Landesregierung

hat 2019 ein Landesaufnahmeprogramm beschlossen, das als Unterstützung gut geeignet (gewesen) wäre. Nichts davon wurde umgesetzt, leider!

Bis heute erfolgte keine Aufnahme von Geflüchteten aus menschenunwürdigen Lagern wie Moria in Marburg, obwohl DIE LINKE mit Unterstützung des Stadtparlaments und auch des Oberbürger-

meisters immer wieder dafür eintritt. Spätestens seit der unkomplizierten Unterbringung der ukrainischen Geflüchteten wissen wir, dass die Aufnahme nicht an Kapazitäten gescheitert ist. Innenministerin Nancy Faeser bezeichnete kürzlich die Situation der Kommunen als „schwer“, lehnte es aber ab, die Zahl der Geflüchteten zu begrenzen. Denn: 8 von 10 kämen aus der Ukraine. Da könne es keine Höchstgrenze für Menschlichkeit geben! Wo bleibt da die Menschlichkeit gegenüber all den anderen? Wir richten uns gegen ein Zweiklassensystem von Menschen auf der Flucht und fordern deren Gleichbehandlung.

Das Gemeinsame Europäische Asylsystem würde das Gegenteil bedeuten. Unsere Solidarität muss für alle gelten! GEAS kann und muss gestoppt werden! **Marita Gabrian, Initiative „200 nach Marburg“**